

18. VII. 1917

Die Frage des Reichsrates. Beschlüsse des Deutschen Nationalverbandes und der Czechen.

In der heute unter dem Vorsitze des Abgeordneten Dr. Groß abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wurden zunächst die in der letzten Zeit erfolgten Rundgebungen slawischer Parlamentsparteien einer eingehenden Besprechung unterzogen, ebenso wurden die Äußerungen der Blätter, welche zu mannigfachen Mißdeutungen Anlaß gegeben haben, eingehend erörtert. Als Ergebnis wurden einstimmig die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes erklärt, daß die von slawischer Seite vorgebrachten Einwände gegen eine Neuordnung der Dinge in Oesterreich im Widerspruch mit den unbedingten Erfordernissen des Staates in der Zukunft stehen.

2. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes erklärt gegenüber verschiedenen grundlosen Behauptungen, daß der Verband a) an den Vereinbarungen der gemeinsamen Richtlinien treu festhält; b) unerschütterlich und einmütig auf dem Standpunkt beharrt, daß die Neuordnung der Dinge in Oesterreich ehestens gesichert werden muß, damit die so notwendige und vom Verbands stets geforderte Einberufung des Reichsrates nicht weiter verzögert werde.

Aus Prag wird gemeldet: Der Czechische Verband hat am 17. d. unter Vorsitz des Abgeordneten Stanek seine erste Plenarsitzung abgehalten, an der 72 Abgeordnete teilnahmen. Nach Abführung einer ausführlichen politischen Debatte faßte die Plenarsitzung einen Beschuß, in dem es heißt:

Die Plenarsitzung des Czechischen Verbandes hat den Bericht des Präsidiums des Verbandes zur Kenntnis genommen, erklärt ihre Zustimmung zu seinem bisherigen Vorgehen in den innerpolitischen Angelegenheiten und spricht ihm das volle Vertrauen aus. Die Plenarsitzung des Czechischen Verbandes gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach einer augenblicklichen Einberufung des Reichsrates rufen. Im weiteren wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Fragen des czechisch-deutschen Streites nur auf Grund gegenseitiger Verhandlungen und gegenseitigen Uebereinkommens gelöst werden können, zu denen die czechischen Parteien stets bereit waren und bereit sind. Eben deshalb mache der Verband mit allem Nachdruck auf die Verantwortung aller aufmerksam, die zu einem anderen Vorgehen bei der Lösung national-politischer Angelegenheiten rieten. Der Czechische Verband erklärt, daß er als selbstverständliche Vorbereitung für die Einberufung des Reichsrates eine prinzipielle Erleichterung der Zensur erachtet, die besonders in den böhmischen Ländern außerordentlich streng gehandhabt wird, die nicht alle Bedürfnisse gleichmäßig beurteilt, die Störung des nationalen Wohlbefindens ermöglicht, aber aus einer ernstlichen und sachlichen Diskussion jene Fragen ausschließt, über die sachlich zu schreiben und Erwägungen anzustellen das Interesse einer besseren Zukunft unserer österreichischen Monarchie erfordert.